



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/195 - 25. August 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Soldat und Student	S. 1
Zypernproblem und Suez-Krise	S. 3
Zum 77. Katholikentag in Köln	S. 5

Hilfe auf zwei Ebenen

Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben:

Das Missverhältnis zwischen dem Aufwand für einen Soldaten und dem, was bei uns Bund, Länder und Gemeinden für einen Studenten ausgeben, ist die eine Seite des Problems. Für 130 000 Studenten und die westdeutschen Universitäten und Hochschulen bringen Bund, Länder und Gemeinden in diesem Jahr etwa 700 bis 720 Millionen Mark auf: es entfallen also auf den Studenten 5538 Mark, die auf den Universitäten betriebener Forschungen und deren Aufwand eingeschlossen. An dieser Summe hat aber der Bund nur geringen Anteil. Im Jahre 1955 gab er für die Universitäten und Studenten 20 Millionen aus. Auf den Kopf der Studentenschaft entfielen 105 Mark. 1956 wird es etwas, aber nicht viel mehr sein.

Rechnet man dagegen auf, wieviel Geld der Bundesverteidigungsminister für einen Soldaten ausgibt, so kommt man zu sehr aufschlussreichen Ergebnissen. Für 10 Milliarden Mark sollen Kasernen für 500 000 Soldaten gebaut werden - das ergibt einen Einsatz von 20 000 Mark pro Kopf, vielleicht besser: pro Helm. Dazu muss man noch die Ausrüstung, die Autos, Flugzeuge, Panzer, Gewehre und Uniformen rechnen: der gesamte Aufwand mag, niedrig gerechnet, zwischen 25 000 und 30 000 Mark liegen.

105 Mark für einen Studenten, 25.000 Mark für einen Soldaten! Und - wer mag wohl Deutschland mehr nützen?

Diejenigen, die schon immer eine bessere Förderung der Universitäten und des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Bundesrepublik

gefordert haben, werden diese Zahl vielleicht benutzen, um mehr Zuwendungen an die Universitäten und an die Studenten zu verlangen. Aber da die wissenschaftliche Notlage der Hochschulen nicht allein durch Geld zu beheben ist, soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als gehe es nur darum, ein vernünftiges Verhältnis zwischen den Aufwendungen für die Soldaten und für die Studenten herzustellen. Darum geht es auch.

Die andere Seite des Problems ist die Neuordnung der Hochschulen, die um so dringlicher wird, je mehr die Zahl der Studenten wächst und je mehr Geld den Hochschulen und den Studenten - hoffentlich - zufließt. Der Vorsitzende der westdeutschen Rektorenkonferenz, der Frankfurter Universitätsrektor Geizig, hat vor kurzem beklagt, dass der Massenbetrieb wissenschaftliche Arbeit an den Universitäten sehr erschwere. Aus eigener Beobachtung soll dies hinzugefügt werden: ist es noch wissenschaftliche Arbeit, wenn an einer juristischen "Übung" der Bonner Universität zwei- bis dreihundert Studenten teilnehmen und wenn diese, um ihre Pflichtenarbeiten möglichst schnell zu erledigen, sich gegenseitig die benötigten Literaturstellen angestrichen über die Tische schieben, einer vom anderen abschreibt, dies Verfahren bis zur Prüfung beibehalten wird und der grösste Teil der juristischen Studenten gar einen Lehrer ausserhalb der Universität aufsucht, um bei ihm den Stoff, den die Universität nicht bietet, in der Prüfung aber verlangt, nachzubüffeln? Wo bleibt der für die Ausbildung und Heranbildung des Studenten so wichtige persönliche Kontakt zwischen Universitätslehrer und Student, wenn die Professoren ihre Studenten kaum noch beim Namen kennen? Solche Beispiele liessen sich fast beliebig auf alle Hauptfächer der Universitäten übertragen. Die Universitäten würden ihre Erziehungsfunktion verlieren, wenn man ihr jetziges Lehrsystem durch die Anstellung von noch mehr Professoren und Assistenten gar noch weiter aufbläht. Daraus kann man, so will uns scheinen, nur zwei Konsequenzen ziehen: entweder wird die Zahl der Studenten eingeschränkt - das sollte man vornehmlich ausschliessen - oder man richtet sich darauf ein, in den Universitäten künftig zwischen spezieller Berufsausbildung und allgemeinwissenschaftlicher Ausbildung zu unterscheiden, soweit die einzelnen Fächer dies zulassen. Dadurch würde man den beiden Richtungen, die im Lehrbetrieb der Universitäten im Widerstreit liegen, gerecht und man könnte auch das Massenproblem der Universität lösen. Zwar war es immer ein Ziel der Universitäten, den Akademiker für sein späteres Berufsleben einen Rückhalt durch Vermittlung wissenschaftlichen Denkens und wissenschaftlicher Methodik zu geben - das sollte jedoch nicht ausschliessen, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Förderung der rein wissenschaftlichen Arbeiten der Universitäten so weit wie möglich eine Trennung von der Berufsausbildung zu machen. Man sollte nicht von einer Spaltung, wohl aber von einer zweckmäßigen Untergliederung sprechen, die im Interesse der Universitäten, der wissenschaftlichen Arbeit und der Studenten geboten erscheint.

Die Forderung heisst also: Mehr Geld für die Universitäten, der Aufwand für die Universitäten muss zum Aufwand für die Soldaten in ein ordentliches Verhältnis gebracht werden - gleichzeitig aber eine Hochschulreform, die gewährleistet, dass die grossen Summen, die für die Universitäten gefordert werden, auch sinnvoll angelegt sind. Das eine ist Sache der öffentlichen Hand und des Bundestages, das andere auch eine Angelegenheit der Universitäten selbst.

Griechenland auf dem Wege zur Neutralität?

Von unserem Balkan-Mitarbeiter Dr. W.

Obwohl die griechische Regierung nach London eingeladen worden war, hatte sie es abgelehnt, teilzunehmen. Ausser Ägypten war es nur Griechenland, das die Berechtigung der Konferenz nicht anerkannt hat, weil 24 Länder willkürlich dazu ausersehen waren, über die Freiheit der Schifffahrt durch den Suez-Kanal zu entscheiden. Ein anderer wichtiger Grund für die Absage Griechenlands war die Verschlechterung seiner Beziehungen zu Grossbritannien wegen der Zypern-Frage. So vermied zum ersten Mal seit 1949 ein westlich orientierter Staat, der sogar Mitglied der NATO ist, Besprechungen mit seinen Verbündeten zu führen. Er gab vielleicht durch diesen Entschluss zu verstehen, dass er in Zukunft eine eigene Politik treiben werde.

In der Tat hat die Entwicklung in der Zypern-Frage so viel Erbitterung im griechischen Volk verursacht, dass allgemein die Ansicht verbreitet ist, die gegenwärtigen Bündnisse Griechenlands entsprächen nicht den nationalen Interessen. Griechenland hat bekanntlich in beiden Weltkriegen an der Seite Englands gekämpft. Nach dem letzten Krieg hatten die Zyprioten, die nach englischer Statistik zu 4/5 Griechen sind, ihr Selbstbestimmungsrecht auf friedlichem Wege nach der Atlantik-Charta und den Statuten der Vereinten Nationen von England gefordert. London lehnte aber nicht nur ab, das Selbstbestimmungsrecht zu geben, sondern auch Zypern eine eigene Regierung zuzubilligen; man hat bis heute nicht den Status einer Kolonie geändert. Die Türken, die 1/5 der Einwohner der Insel ausmachen, wünschen keine Änderung des status quo, andernfalls jedoch den Anschluss an die Türkei. Die starre Haltung der konservativen britischen Regierung, die nicht die Vorschläge der Labcur-Opposition berücksichtigte, Zypern nach einer gewissen Zeit das Selbstbestimmungsrecht zuzubilligen, hatte zur Folge, dass die Zyprioten vor nunmehr 16 Monaten den Versuch unternahm, ihre Freiheit mit Waffengewalt zu erreichen.

Griechenland konnte gegenüber diesem zypriotischen Drama nicht gleichgültig bleiben. Insbesondere nach den türkischen Ausschreitungen

gegenüber den in der Türkei lebenden Griechen am 6. September 1955 hat man es in Athen abgelehnt, an den gemeinsamen Flotten-Manövern im Mittelmeer mit den Engländern und Türken teilzunehmen. Und später, nach der Verbannung des Erzbischofs Makarios, hat Griechenland seinen Botschafter in London "zur Berichterstattung" nach Athen beordert, wo er bis heute geblieben ist. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass der Balkan-Pakt, der ursprünglich zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien geschlossen wurde, heute nur mehr eine Allianz zwischen Belgrad und Athen darstellt.

Das Argument der Briten, dass sie unter allen Umständen in Zypern bleiben werden, um die Sicherheit im Mittleren Osten zu gewährleisten, und insbesondere die Erdölproduktion kontrollieren zu können, ist nach griechischer Auffassung nicht stichhaltig. Um Zypern zu halten, haben sie heute dort 19 000 Mann der Streitkräfte stationiert, die durch die permanente Aufstandssituation in Zypern gebunden seien. Die militärischen Planungen des Westens im östlichen Mittelmeer werden deshalb in Athen als weitgehend illusorisch bezeichnet, weil die NATO in diesem Teil des strategischen Feldes praktisch lahmgelegt ist. Der provisorische Waffenstillstand der EOKA aber wird nur in dem Fall aufrecht erhalten werden, dass Zypern das Selbstbestimmungsrecht erhält.

Jedenfalls ist die Tatsache, dass Griechenland nicht an der Suez-Konferenz teilgenommen hat, nicht isoliert zu betrachten. Die Opposition, die in Griechenland nach Zahl der Stimmen und der Sitze im Parlament sehr stark ist, vertritt die Ansicht, dass Griechenland eine eigene Politik der gleichen Freundschaft mit allen grossen Mächten führen müsse. Der inoffizielle Besuch des sowjetischen Aussenministers Schepilow in Athen im Juni dieses Jahres war charakteristisch für diese Tendenzen. Eine weitere Verschärfung des Zypern-Konflikts könnte vielleicht sogar zu einem Bund Kairo-Athen-Belgrad führen.

Brücke von Mensch zu Mensch

Von Maria Sevenich

Am 29. August 1956 erwartet die Domstadt Köln Hunderttausende von katholischen Gläubigen, Laien und Geistliche, aus West- und Ostdeutschland, sowie zahlreiche ausländische Gäste zum 77. Deutschen Katholikentag. Diese Katholikentage sind eine nunmehr über hundertjährige Einrichtung, der 1921 auf dem Frankfurter Katholikentag der damalige päpstliche Nuntius, heute Papst Pius XIII., die lobenden Worte widmete: "Die Geschichte der deutschen Katholikentage ist eine Geschichte rastloser Organisationsarbeit, wie sie gründlicher und erfolgreicher kaum in einem anderen Lande geleistet worden ist."

So wie der erste Katholikentag, - der im Jahre 1848 in Mainz stattfand; damals nannte er sich noch "Generalversammlung der Pius-Vereine" -, zusammenfiel mit einem grossen Festtag der Stadt Köln, nämlich der 600-Jahrfeier der Grundsteinlegung des Kölner Domes, feiert Köln in diesem Jahr ein doppeltes Fest. Wird doch nach den schweren Schäden, die der Dom im zweiten Weltkrieg erlitt, zum ersten Mal der ganze Innenraum völlig erneuert den Gläubigen wieder offenstehen. Über dem Hauptaltar erglänzt der kostbare goldene Schrein, der die Reliquien der hl. drei Könige birgt, die des Kaisers Friedrich Kanzler, Erzbischof Rainald von Dassel, 1164 nach Köln überführt hat.

Unser besonderer Wunsch zum Gelingen des Katholikentages hängt eng mit dessen Thema zusammen: "Die Kirche, das Zeichen Gottes unter den Völkern." Das kann und sollte ein Thema der Liebe sein. Der jüngste Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 17. Juni an die katholischen Verbände mahnte, die positive Begegnung mit Andersdenkenden und Andersgläubigen vorzubereiten und als Aufgabe zu erkennen.

Niemand kann mehr wünschen als wir, dass diese Aufgabe erkannt und ihre Erfüllung vorbereitet wird. Ist es eine Einmischung in ernste Angelegenheiten anderer, wenn wir auf ein, diese Aufgabe erschwerendes

Ereignis hinweisen?

Gemäss seiner regelmässigen Übung hat der Papst auch für diesen August der allgemeinen Weltkirche eine Gebetsmeinung empfohlen. Sie lautet: "Der Tätigkeit der Sekten und dem Umsichgreifen des Aberglaubens möge Einhalt geboten werden." Das Organ der katholischen Männerwerke, "Mann in der Zeit", interpretiert diesen Wunsch in einem Artikel unter der Überschrift: "An einen Sektenprediger." Darin heisst es: "Sie zerreißen die Einheit des Leibes Christi ... Sie zerreißen die Seelen... Wem sollen die Menschen ihr Vertrauen schenken, wenn sich die Boten seiner Lehre dauernd widersprechen? ... Darum beten wir im August gegen Sie ... Wir beten nicht gegen Ihre Person, die wir gerettet sehen möchten, aber gegen Ihre Lehre. So lange Sie Ihre Sekte verteidigen und sogar für sie werben, treten wir gegen Sie an."

Uns scheint im Gegensatz zu dieser Haltung "die positive Begegnung mit Andersdenkenden" nicht nur eine dringende Notwendigkeit für den Bestand einer demokratischen Gemeinschaft. Ohne sie lässt sich auch keine Brücke von Mensch zu Mensch schlagen, und ohne diese Brücke wird die Menschheit die Herausforderung der neuen Zeit mit ihren gefährlichen und wohltätigen Möglichkeiten nicht erfolgreich bestehen.

- + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau